

Heidelberg, den 14. November 2016

JUNGE UNION Deutschlands
Bundesgeschäftsstelle
Leipziger Platz 11
10117 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

Menschen-für-Demo-kratie bezeichnet einen losen Zusammenschluss von Fachleuten, wie Juristen, Wirtschaftsprüfern, Journalisten, die unabhängig, überregional und überkonfessionell dafür arbeiten, über Verstöße aus Politik und Wirtschaft zu berichten und diese auch strafrechtlich zu verfolgen (www.menschenfuerdemo-kratie.de).

Nach der Rede Angel Merkels auf dem Deutschlandtag der Jungen Union (15.10.2016) in Paderborn, befürchten wir, dass der politische Realitätsverlust, dem die Kanzlerin mit vielen ihrer vor allem Fehl-Entscheidungen Rechnung getragen hat, besänftigend auf den eigentlich kritischen Nachwuchs eingewirkt hat. Nicht zu begrüßen ist im Ergebnis, das keine Obergrenze für Flüchtlinge festgesetzt wurde, allein das Procedere der Einreisemöglichkeiten, das vor allem von den Staaten abhing, die ihre Grenzen schlossen, so dass weniger und weniger Flüchtlinge unser Land erreichten. Viele, wichtige Fragen unserer Zeit blieben unangetastet. Waren nicht geeignet für den vermeintlichen Siegeszug – einer Versöhnung sogar, die allein davon abhängen soll, ob Angela Merkel sich mit technischen Dingen auszukennen scheint oder nicht.

Am Ende der Rede zeigte sich Merkels Absicht des Besuchs bei der JU - Merkel machte Wahlkampf, schaffte es, dass die JU vom Fieber gepackt wurde. Die AfD muss weniger Stimmen bekommen sei das Ziel. Die CDU müsse an ihren Grundprinzipien festhalten, um dies zu erreichen. Aber welches sind denn diese Prinzipien? Wie will sie denn die Ansichten der AfD und ihrer Anhänger verändern? Und: Kann sie das überhaupt?

Unabhängig davon, ob sich Angela Merkel noch einmal der Wahl zur Kanzlerin stellen wird, wird es im kommenden Jahr einige Landtagswahlen geben; viele der knapp 110.000 Mitglie-

der JU werden Wahlkampfstände in NRW, Schleswig-Holstein und dem Saarland aufbauen, Flyer verteilen und Bürger ansprechen. Die Kanzlerin muss diese Helfer davon überzeugen, dass die CDU (noch) Chancen hat, ansonsten wäre schon gleich alles verloren. Die Kanzlerin versucht mit Worten zu blenden, Argumente hat sie kaum. Sie nutzt die Jugend schamlos aus, der der Überblick fehlt, das Fell, und die Kenntnis über die Dreistigkeit wirklicher politischer Arbeit.

Den Newcomern zwischen Machtgier und Karrierechancen ein Feld zu bieten, das es zu beackern gilt, ist älter als Merkels Wirken, aber es dient allein dem Zweck, dass die Jugend motiviert im Sinne der Kanzlerin zu Felde zieht, denn die Ergebnisse diesjähriger Landtagswahlen laden kaum dazu ein, daran zu glauben, dass die CDU die geforderten Mehrheiten erreichen, geschweige denn zurückerobert wird.

Die Idee, die Merkel, gemeinsam mit den EU- und über den Euro verbundenen Staaten betreibt, hat in eine Dauerkrise geführt, die die Überzahl der europäischen Staaten dazu zwingt, die Insolvenz zu verschleppen und überdies tagtäglich Beihilfe zur Insolvenz leistet. Alle Rettungsprogramme haben sich als Fehlkonstruktionen erwiesen und lassen die Politik der Kanzlerin erkennen, die allein kurzsichtige und ebenso wirkende Lösungen bieten kann, da sie sich durch die eigene Politik und die der EU der Alternativen beraubt hat. Parteien, wie die AfD, die ihre Anhänger aus dem Heer der Unzufriedenen bildet, sind so entstanden, ebenso wie untilgbare Staatsschulden über (geschätzt) 15 Billionen Euro (implizite, wie explizite). Vor allem den Schulden, die in den Sozialsystemen stecken (implizite) kann die Kanzlerin nicht Herr werden, da das Rentensystem es nicht zulässt.

Der Staat war nicht in der Lage, die angestrebte Gesamtversorgung von 75 Prozent für künftige Rentner durch Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung abzudecken. Deshalb entstand eine Versorgungslücke, die der Staat den Arbeitnehmern gegenüber ausgleichen wollte. Dazu wurden zwei Möglichkeiten erarbeitet: die innerbetriebliche Altersversorgung und die sogenannte Riesterrente. Beide sollten durch Rückstellungen in Form von Steuerermäßigungen finanziert werden. Es zeigte sich jedoch: Keine der Möglichkeiten griff, denn die Steuerzuzahlungen, die der Staat leistete, blieben unter dem Maß, das erforderlich gewesen wäre, um eine angemessene Versorgung zu erreichen, noch dazu abhängig vom Rechnungszinsfuß, wobei gilt: Je höher der Zinsfuß, desto niedriger die Ausbeute.

Die Versorgungslücke wurde also nicht gedeckt. Das war in allen politischen Lagern bekannt. Hinzukam, dass dem Staat Zuzahlungskosten entstanden, die sich als Staatsschulden nieder-

schlugen. Damit versagte Parteipolitik und anstatt wirklich sinnvolle Systeme zu entwerfen und umzusetzen, erschuf sie gemeinsam mit der Wirtschaft, eine Scheinfinanzierung, die Vollfinanzierung versprach, diese aber gar nicht einzuhalten vermochte.

Retrospektiv und im Zusammenhang mit allem anderen politischen Versagen, muss gesehen werden: Weder der Staat, schon gar nicht Wirtschaft und Banken waren daran interessiert, sinnvolle Rückstellungsbilanzen anzulegen. Der Staat vermied Steuererhöhungen, weil die sich beim Wähler nicht gut machten; die Wirtschaft wollte Renditen und Profite voll abschöpfen. Für alle Rentner entstand eine Unterdeckung, obgleich alle Rentner daran glaubten, ausreichend vorgesorgt zu sein – ein Betrug, der sich als solcher in die lange Liste der parteipolitisch motivierten Betrüge des letzten Jahrhunderts einreihet. Aus diesem Grund muss das Thema Renten endlich von der Regierung Merkel aufgegriffen werden.

Auch was die Rettung des Verfalls des Euros angeht, schweigt die Kanzlerin. Anstatt endlich Nebenhaushalte abzuschaffen und den täglich wachsenden Staatsschulden wirksam zu begegnen, so durch Währungsreform, schließt die Kanzlerin gemeinsam mit ihren Kollegen des Euroraums und der EU Pakt um Pakt, ohne davor gefeit zu sein, dass ein Nachbar kollabiert, da die Rettungsschirme (EFSF) und ESM keine Gegenwert gestützten Programme sind, ja sogar ohne jedwedes Kapital dastehen, da die vermeintlichen Einlagen Nebenhaushalten entstammen. Der ESM ist also ein Papiertiger, vereinigt als Aktiengesellschaft, die, wie der EFSF auch, in allen europäischen Rechtsordnungen bilanzierungspflichtig ist.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist eine Finanzierungsinstitution mit Sitz in Luxemburg. Er trat (für Deutschland) am 27. September 2012 durch Ratifizierung eines völkerrechtlichen Vertrages obgleich großer juristischer Zweifel in Kraft, was zum 1. Oktober 2012 bekannt gegeben wurde. Als Teil des Euro-Rettungsschirms ist er dauerhaft und löst die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ab. Aufgabe des ESM ist es, überschuldete Mitgliedstaaten der Eurozone durch Kredite und Bürgschaften zu unterstützen, um deren Zahlungsfähigkeit zu sichern.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus ist eine internationale Finanzinstitution; er ist von jeglichen Beschränkungen, Zulassungs- und Lizenzierungspflichten befreit, wie sie sonst für Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsunternehmen gelten. Staaten, die sich ihm angeschlossen haben, können allein über Umwege austreten. Die Mitglieder des Gouverneursrats, die Mitglieder des Direktoriums und alle Bediensteten des ESM genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen.

gen und Unverletzlichkeit hinsichtlich ihrer amtlichen Schriftstücke und Unterlagen (vgl. Art. 35), was kaum der Transparenz dient.

Mit der Erweiterung des EFSF zum ESM wurde eine längst überfällige Staateninsolvenzordnung für die Staaten, die die Bedingungen der Schuldenbremse nicht mehr erfüllen konnten, wie Griechenland, Portugal oder Zypern verhindert. Damit etablierte sich die Eurozone als Union von Schuldenländern, was vom IWF unterstützt wurde, die, anstatt das Experiment „Euro“ durch Schuldenerlass und Währungsreform zu beenden, zu der Taktik griffen, alle die Posten des Staatshaushalts, wie die Zahlungen für den EFSF und den ESM, die die Bedingungen der Schuldenbremse überstiegen, aus den Staatshaushalten zu streichen.

Unternehmen, deren Wertpapiere auf einem regulierten Markt der EU gehandelt werden, wie der EFSF, müssen nach internationalen Rechnungsstandards vorgehen. In seinem Annual Report 2015 findet sich demgemäß mehrfach Bezug auf die International Accounting Standards, IAS.

Der EFSF wurde von PricewaterhouseCoopers bilanziert. Gegenüber Griechenland weist der Financial Report 2015 eine Darlehensforderung in Höhe von 134,8 Milliarden Euro aus. Dabei handelt es sich um den Nominalbetrag. Eine Wertberichtigung erfolgte nicht. Die maßgebliche IAS 39 sieht ein „Mixed Model“ vor. Die Bewertung kann entweder nach 1) den fortgeführten Anschaffungskosten oder 2) dem tatsächlichen Zeitwert (fair value) erfolgen. Offensichtlich gehen der EFSF bzw. PricewaterhouseCoopers von den fortgeführten Anschaffungskosten aus. Nach IAS 39.58 ist eine Wertkorrektur vorzunehmen, wenn am Stichtag objektive Anhaltspunkte für eine Wertminderung (impairment) vorliegen, dies wurde jedoch im Annual Report 2015 verworfen (vgl. S 40). Nach IAS 39.60 reicht die Herabstufung eines Kreditratings für sich genommen noch nicht aus, um eine Wertberichtigung zu begründen, kann aber als Indiz neben anderen angesehen werden. Auf S. 32 des Financial Reports 2015 werden die Ratings aufgeführt:

Moody's	Caa3	In default with little prospect for recovery
Standard & Poor's	CCC+	Substantial risks
Fitch	CCC	Substantial risks

In der tabellarischen Übersicht des Financial Reports findet sich zwar keine direkte Bezugnahme auf Griechenland. Die Forderungen gegenüber Staaten werden in 3 Beträge aufge-

gliedert: 134,8 Milliarden werden schlecht bewertet. 134,8 Milliarden entspricht den Verbindlichkeiten der Hellenen. Das Rating käme also als Indiz für eine Wertberichtigung in Betracht. Entscheidend sind Umstände, wie mögliche Zugeständnisse des Kreditgebers, wirtschaftliche Rahmenbedingungen oder dem haircut bei privaten Gläubigern im Falle einer Insolvenz.

Bei den Forderungen des EFSF gab es zwar keinen haircut, wie bei den privaten Gläubigern, aber auch der EFSF musste Federn lassen. Die Garantiegebühr Ersparnis für Griechenland verfiel, was einem Verlust für den EFSF von 2,7 Milliarden Euro bedeutete. Zudem verschoben sich die Zinszahlungen um 10 Jahre; was bedeutet: Griechenland zahlt 10 Jahre keine Zinsen. Zuletzt wurden die Fälligkeiten der Verbindlichkeiten weit in die Zukunft verschoben. Die Darlehen müssen erst 2054 ausgeglichen werden.

Die gesamte explizite Staatsschuldenlast Griechenlands beläuft sich auf 319 Milliarden Euro, das sind ca. 182 Prozent des BIP. Griechenland ist hilfsbedürftig, wie eh und je, so wurde im August 2015 ein drittes Hilfspaket mit einem Volumen von 85 Milliarden Euro geschnürt. Trotz Sparsbemühungen steigt die Schuldenlast. Die Arbeitslosenquote liegt bei 25 Prozent. Das Wirtschaftswachstum ist negativ. In seinem „Mission concluding statement“ vom 23. September 2016 zieht der IWF die Konsequenzen aus der desolaten Lage: Griechenland braucht den Schuldenschnitt („Further debt relief will be required ... well beyond what is currently under consideration“).

Bei den privaten Gläubigern griechischer Staatsschulden gab es bereits einen haircut. Beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone am 21. Juli 2011 wurde eine Beteiligung des privaten Sektors an den Rettungspaketen in Höhe von 50 Milliarden Euro beschlossen. In einem weiteren Beschluss vom 26. Oktober 2011 wurde die Unterstützung für Griechenlands ausgeweitet: haircut in Höhe von 50 Prozent. In diesem Zusammenhang hat das IDW einen impairment trigger festgestellt – also die Notwendigkeit einer Wertberichtigung. Von diesem war der EFSF zwar nicht direkt betroffen und blieb vom haircut ausgenommen, aber: Der haircut im privaten Sektor ist ein Indiz für eine Insolvenz. Die Gläubiger werden (insolvenz-)quotaal befriedigt. Nun wäre es an der Zeit, dass die Bundesregierung überprüft, inwiefern der EFSF ein Testat des Unternehmens PricewaterhouseCoopers verdient hat und ob und inwiefern dieses richtig sein kann. In diesem Zusammenhang schrieben Menschen für Demokratie einen Brief an das Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW).

Die Liste der Fehler, die die politische Laufbahn der Kanzlerin begleiten, ließe sich fortsetzen. Längst dürften diese nicht mehr als juristische Scharmützel gelten, denn sie wirken sich auf die Stimmung im Lande aus. Sachverstand der Abgeordneten muss wieder ebenso eine Rolle spielen, wie das beherzte Eintreten für notwendige, politische Richtungswechsel, auch wenn sie dem Wähler nicht gefallen.

Die Politik einer Regierung darf nicht länger davon abhängen, unliebsame Themen, durch parteipolitische Agitation zu überdecken, mit der Folge, dass Bundesrat und Bundestag nach Parteilinie, und nicht nach Nutzen entscheiden. Probleme unserer Zeit sind nicht komplizierter als jene unserer Alvorderen; sie werden aber derart deklariert, damit parteiliche Einflussnahme die Politik ermöglicht, die angestrebt ist, ohne dass die genannten Institutionen Einblick in die politische Absicht erhalten.

Ziel der JU muss es also sein, sich endlich fachmännisch mit den genannten Problemen und vieler, vieler anderer auseinanderzusetzen, damit nicht länger Scheibchenweise Politik gemacht wird, die in einer Unzukunft enden muss, sondern wieder auf sachkundiger Basis Politik betrieben wird, die die Probleme unserer Zeit beendet. Die Junge Union ist daher aufgerufen, diese Unzukunft zu verhindern. Als Nachwuchs muss es in ihrem Interesse sein, Zukunft zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

Menschen für Demo-kratie